

Ä1 zu Mieter*innenschutz stärken statt abbauen, bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen und erhalten

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 8:

Baulandbeschluss dafür gesorgt, dass mehr sozial geförderter Wohnraum sowie gemeinschaftliches Wohnen entstehen konnte.

Bezahlbares Wohnen bedeutet auch niedrige Nebenkosten: Frankfurt ist Passivhaushauptstadt mit unserer Wohnungsbaugesellschaft der ABG. Wir fördern die energetische Sanierung, denn auch der Wohnungsbestand muss klimaneutral werden.[Leerzeichen]

Wir haben auf kommunaler Ebene in der Bau- und Wohnungspolitik viele Erfolge vorzuweisen, etwa die aktuelle Überarbeitung und Ausweitung der Förderprogramme für sozial gefördertes Wohnen, Studierenden- und Azubiwohnen sowie Klimaanpassung und energetische Sanierungen. Auch die ABG muss gemäß der in dieser Wahlperiode getroffenen Beschlüsse künftig einen größeren Anteil sozial geförderter Wohnungen bauen – es sollen nun 60% statt bisher 40% sein. Die durch die Stadt Frankfurt geförderten Wohnungen können nun außerdem länger in der Bindung bleiben. Mit den eigenen Flächen der Stadt wollen wir stärker als bisher wohnungspolitische Ziele erreichen, daher sollen sie künftig deutlich günstiger abgegeben werden, wenn gute Konzepte für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum umgesetzt werden. Auch gegen Mietwucher gehen wir konsequent vor und bieten verschiedene Unterstützungsangebote für Mieter*innen.

Dennoch gibt es - auch grade angesichts der gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten- weiterhin einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen, zu wenig Sozialwohnungen und nun auch noch übergeordnete politische Entwicklungen, die in eine völlig falsche Richtung gehen und denen

Von Zeile 16 bis 21:

1. und hatte zu einem Rückgang der Umwandlungen um 80% geführt. Zugleich schränken Christ- und ~~Sozialdemokraten~~Sozialdemokrat*innen den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen ein.
2. Unter der ~~kleinen Koalition~~"kleinen Koalition" von CDU und SPD scheitert der Ausbau des bezahlbaren Wohnbaus am Geld: Im sozialen Wohnungsbau fehlen im hessischen Fördertopf im Jahr 2024 400 Millionen Euro. Das hatte für Frankfurt zur Konsequenz, dass 95

Von Zeile 35 bis 38 einfügen:

4. Ein im Entwurf vorliegendes Gesetz gegen Leerstand hingegen könnte der Stadt Frankfurt und den Menschen in unserer Stadt helfen, indem die knapp 13.000 leerstehenden Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden. Hier bleibt abzuwarten, ob es angesichts der vielen eingeräumten Ausnahmetatbestände effektiv ist. Falsch ist aber, dass 3 wirksame Instrumente: der Genehmigungsvorbehalt in angespannten Wohnungsmärkten,

Von Zeile 42 bis 43:

Die ~~Kreisversammlung~~Kreismitgliederversammlung möge daher beschließen, die ~~Grünen~~GRÜNEN in Frankfurt, die GRÜNEN Mitglieder des hessischen Landtags und die ~~Grünen~~GRÜNEN im Römer mögen sich für folgende Punkte einsetzen:

Von Zeile 48 bis 49 einfügen:

2. Bundes- und Landesregierung müssen dafür sorgen, dass die soziale Wohnraumförderung auskömmlich ist. Die Neue Wohngemeinnützigkeit soll mit Investitions- und Baukostenzuschüssen ausgestattet werden.

Von Zeile 51 bis 54:

3. geltend machen und dafür sorgen, dass die VBL ihre Immobilienstrategie öffentlich

macht, transparent ~~Mieterinnen und Mieter~~ Mieter*innen über die aktuellen ~~v~~Vorhaben der Veräußerung informiert, ~~Stadt~~ und das Land Hessen ~~sollen~~soll die Stadt Frankfurt bei den Gesprächen mit der VBL ~~in~~Gespräche zum Erwerb der in Frage stehenden Immobilien ~~gehen~~unterstützen.

4. Das Sondervermögen aus dem Verkauf des alten Polizeipräsidiums in Frankfurt war dafür vorgesehen, bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt und Umgebung zu schaffen und zu erhalten. Die Landesregierung hat diese räumliche Begrenzung nun aufgehoben. Wir fordern, dass das Geld in Frankfurt investiert wird, wo die Folgen der Immobilienspekulation mit dem alten Polizeipräsidium auch am deutlichsten spürbar sind. Zum Beispiel könnte die Landesregierung die ABG beim Ankauf von Vonovia-Liegenschaften unterstützen.

Von Zeile 56 bis 61:

4. Instrument der Wohnungspolitik beitragen und spekulativen Leerstand verhindern. Eine auf dem Leerstandsgesetz basierende Satzung für Frankfurt soll schnellstmöglich erlassen werden, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist.
6. Wir fordern: Die Landesregierung soll sich bei der Bundesregierung für weitere Verbesserungen im Mietrecht einsetzen:

~~Die Landesregierung soll sich bei der Bundesregierung für eine Verbesserung der Mietpreisbremse einsetzen. Gerade mit Hilfe von möblierten Wohnungen wird aktuell die Mietpreisbremse umgangen. Hier sollten Schlupflöcher gestopft werden:~~

- Die Mietpreisbremse muss verschärft werden! Gerade mit Hilfe von möblierten Wohnungen wird aktuell die Mietpreisbremse umgangen. Hier sollten Schlupflöcher gestopft und klare Regularien eingeführt werden.
- Die Bundesregierung muss eine BauGB-Novelle vorlegen, die die Anwendung des kommunalen Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten wieder ermöglicht.
- Das Mietspiegelgesetz soll so angepasst werden, dass die Preisspirale der Neuvermietungen nicht so stark beschleunigt wird, zum Beispiel indem auch die Bestandsmieten stärker berücksichtigt werden.
- Das Wirtschaftsstrafgesetz soll so angepasst werden, dass effektiver gegen Mietwucher vorgegangen werden kann.

Begründung

Inhaltliche Unterstützung des Antrags. Änderungen konnten bis zur Frist ferienbedingt nicht mit den Antragsteller*innen.